

Bote von der Ybbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

Bezugspreis mit Postverendung:		Schriftleitung und Verwaltung: Dollfuß-Platz Nr. 33. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt.	Preise bei Abholung:	
Ganzjährig	S 14.60		Ganzjährig	S 14.—
Halbjährig	„ 7.30	Ankündigungen (Inserate) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachsch. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen. Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.	Halbjährig	„ 7.—
Vierteljährig	„ 3.75		Vierteljährig	„ 3.60
Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.			Einzelpreis 30 Groschen.	

Folge 38

Waidhofen a. d. Ybbs, Freitag den 21. September 1934

49. Jahrgang

Ämtliche Mitteilungen

des Stadtrates Waidhofen a. d. Ybbs.

3. 2859. Kundmachung.

Der Stadtrat Waidhofen a. d. Ybbs hat in seiner Sitzung vom 19. September 1934 nachstehenden Beschluß gefaßt:

Den auswärtigen Obst- und Gemüsehändlern, welche ihre Waren mit Kraftfahrzeugen auf den hiesigen Wochenmarkt bringen, wird ab nächsten Dienstag, d. i. 25. September 1934, der Verkauf von Äpfeln, Birnen, Zwetschken, Kraut und Kartoffeln am hiesigen Wochenmarkte untersagt.

Zuwiderhandelnde werden sofort vom Markte gewiesen und für die Dauer dieses Jahres zum Marktbesuche nicht mehr zugelassen.

Diese Maßregel ist als eine vorübergehende gedacht und bezweckt den Schutz der bäuerlichen Produzenten von Waidhofen a. d. Ybbs und Umgebung sowie der einheimischen Händler vor einem weiteren Drücken der Preise.

Dieselbe wird sofort wieder aufgehoben werden, wenn die Ursachen, welche sie veranlaßt haben, weggefallen sind oder wenn dieselbe von denjenigen, zu deren Schutz sie bestimmt ist, zu ungerechtfertigten Preissteigerungen mißbraucht werden sollte.

Stadtrat Waidhofen a. d. Ybbs, am 20. September 1934.

Der Bürgermeister: A. Lindenhofer e. h.

Politische Uebersicht.

Deutschösterreich.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg empfing nach seiner Ankunft aus Genf einen Vertreter der Ämtlichen Nachrichtenstelle, dem er unter anderem folgendes erklärte: Die 15. Völkerbundversammlung hat ihre Tagungen noch nicht beendet, ich habe aber trotzdem meine Rückreise nach Wien angetreten, nachdem ich die mir gestellte Hauptaufgabe, mit den Führern der verschiedenen Völkerbundesdelegationen Fühlung zu nehmen und auch mit den maßgebenden Persönlichkeiten des Völkerbundsekretariates selbst eingehende Besprechungen zu pflegen, im Wesen als erfüllt ansehe. Die Arbeiten von Genf haben für Österreich wertvolle Ergebnisse gezeitigt, da es möglich war, unmittelbar mit den maßgebendsten Persönlichkeiten der internationalen Politik über die besondern Österreich interessierenden Fragen zu sprechen und im weitesten Maße auch aufklärend zu wirken. Österreich vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß der Grundsatz einer absoluten Autarkie keiner nationalen Volkswirtschaft zum Vorteil gereichen kann, daß vielmehr durch den notwendigen Ausbau der ökonomischen Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Staaten dem Interesse aller am besten gedient ist. Es liegt auf der Hand, daß die besondere geographische Lage Österreichs und seine wirtschaftliche Entwicklung seit den Friedensverträgen mit zwingender Deutlichkeit auf das System der bilateralen Verträge verweist und daß wir alle Mittel anwenden müssen, um auf diesem, auch durch die Empfehlungen der Konferenz von Stresa vorgezeichneten Wege, auf dem bereits wesentliche Fortschritte gemacht wurden — es soll hier nur auf die römischen Pakte verwiesen werden — mit Erfolg vorwärts zu schreiten. Die Notwendigkeit, für eine ruhige und gesicherte Entwicklung im Innern, die unerläßliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufbau, alle Vorkehrungen zu treffen, die Durchführung der neuen Verfassung, die bekanntlich von einem naheliegenden Termine an die Vertretungen der Wirtschaftsstände vorsieht, zu sichern, führte von selbst dazu, daß die Diskussion auch auf die Frage der Garantie der Unabhängigkeit Österreichs und auf den Grundsatz der Nichteinmischung von außen in die innere Entwicklung Österreichs erstreckt wurde. Diese Erörterung ist von Interesse für alle jene, die die Erhaltung und Sicherung des Friedens im mitteleuropäischen Raum und in Europa überhaupt als Ziel ihrer Politik betrachten. Österreich hat zu diesen Fragen keine bestimmten Vorschläge zu machen, muß es aber selbstverständlich begrüßen, daß man ihm Gelegenheit gibt, nicht nur seine allgemeine Auffassung zu entwickeln, sondern auch die Möglichkeit einer endgültigen Stabilisierung zu erörtern, von der aus zukünftige, von außen kommende Störungen des wirtschaftlichen Aufbaues vermieden werden. Erst dann wird es trotz der schon jetzt bemerkbaren Aufwärtsentwicklung unseres Wirtschaftslebens möglich sein, gerade auf diesem wich-

tigsten Gebiete in rascherem Tempo nach vorwärts zu kommen, die Arbeitslosigkeit in noch weiterem Maße abzubauen und für eine nachhaltige Belebung aller Wirtschaftszweige zu sorgen. Dieses Ziel kann nur erreicht und gesichert werden, wenn die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes unangetastet bleibt, wenn des weiteren Versuche, die natürliche innerpolitische Entwicklung gewaltsam zu stören, für immer ausgeschaltet werden. Was verschiedene Meldungen über angeblich bevorstehende Auslandsreisen anbelangt, so eilen sie den Tatsachen voraus.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg gewährte dem Berichterstatter des „Paris Soir“ eine Unterredung, in der er unter anderem ausführte, es sei richtig, daß die in Genf anwesenden Vertreter der Großmächte und die Nachbarstaaten Österreichs gegenwärtig einen regen Meinungsaustausch über die Frage der Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit unterhielten. Das Ziel dieser Verhandlungen sei, darüber Beschluß zu fassen, wie man in Zukunft Österreich gegen die Einmischung Dritter in seine innere Politik schützen könne. Österreich wünsche und hoffe auf eine Entente aller in Frage kommenden Staaten, die damit auch dem Frieden in Europa dienen würden. Wer aufrichtig die volle Unabhängigkeit Österreichs wünsche, sei herzlich eingeladen, an diesem Werk der Befriedung mitzuwirken.

Die Politische Korrespondenz teilt mit: Wie von ämtlicher Seite verlautet, hat das Bundesministerium für Unterricht im Zuge der in Durchführung begriffenen Sparmaßnahmen erstmalig von der Ermächtigung des Bundesgesetzes vom 7. August 1934 betreffend Maßnahmen an Hochschulen Gebrauch gemacht und hat im Zusammenhang mit der Herabsetzung des Personalaufwandes der Hochschulen die Veretzung einer Reihe von Hochschullehrern in den zeitlichen Ruhestand verfügt. Von diesen Verfügungen sind die nachfolgenden Professoren betroffen: An der Universität Wien der ordentliche Professor der Paläontologie und Paläobiologie Dr. Othenio Abel, der ordentliche Professor für altägyptische Philologie und orientalische Archäologie Dr. Viktor Christian, der ordentliche Professor der Philosophie Dr. Heinrich Gomperz, der ordentliche Professor der Rechts- und Staatswissenschaften Dr. Karl Gottfried Hugelmann und der ordentliche Professor der Geographie Dr. Friedrich Machatschek. An der Universität Graz der ordentliche Professor der Rechts- und Staatswissenschaften Dr. Arnold Böschl und an der Universität Innsbruck der ordentliche Professor der Geographie Dr. Friedrich Mez sowie der außerordentliche Professor der medizinischen Röntgenologie Dr. Konrad Staunig. Die genannten Hochschullehrer werden mit 30. September d. J. aus der Aktivität scheiden. Wie die Politische Korrespondenz weiter meldet, muß in nächster Zeit noch mit einigen weiteren derartigen Pensionierungen gerechnet werden.

Wien, 19. September. (Ämtliche Nachrichtenstelle.) In verschiedenen auswärtigen Blättern tauchen immer wieder Meldungen auf, wie „Österreich bittet um eine neue Anleihe“, „Österreich erhält eine neue Anleihe vom Völkerbund“, manche dieser Meldungen gehen auch dahin, daß Bundeskanzler Dr. Schuschnigg seine Anwesenheit in Genf zu Besprechungen über die Durchführung einer neuen Anleihe benützt habe. Hiezu wird festgestellt, daß sowohl bei den Genfer Konferenzen wie auch sonst von einer neuen Anleihe überhaupt nicht die Rede war, da Österreich keineswegs die Absicht hat, eine neue Anleihe aufzunehmen. Das finanzpolitische Thema, das vor Beginn der Völkerbundversammlung in Genf verhandelt wurde und worüber aller Öffentlichkeit Bericht erstattet wurde, war die Frage der Konversion der Völkerbundanleihe und, wie sich aus dem Bericht des Finanzkomitees, des Komitees der garantierenden Staaten sowie des Völkerbundesrates ergibt, befindet sich die Angelegenheit der Konversion der Völkerbundanleihe auf bestem Wege.

Deutsches Reich.

Auf der Tagung des Deutschen Auslandsinstitutes führte Reichsaussenminister v. Neurath unter anderem aus, daß die außerhalb der Reichsgrenzen lebenden deutschen Volksgenossen täglich schwer um die Erhaltung der von den Vätern ererbten Sprache, Religion, Sitte und Kultur ringen müßten. Die Ideen, die sich in den Volkstumsgedanken verkörperten, würden von fremden Völkern vielfach nicht nur nicht verstanden, sondern absichtlich mißverstanden und falsch ausgelegt, obwohl die Erhaltung und Förderung des deut-

lichen Volkstums, wie sie der Nationalsozialismus wolle, nichts mit Imperialismus zu tun habe, sondern sich durchaus mit den Rechten und Interessen anderer Völker verträge. Das deutsche Volk wolle nichts anderes, als mit fremden Staaten in Frieden leben und mit fremden Völkern freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Deutschland wünsche die aufrichtige Verständigung von Staat zu Staat ohne Bündnisse und Bündnisgruppen, die offene Aussprache über entgegengesetzte Interessen und den Ausgleich solcher Interessen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und der Gleichberechtigung. Der Reichsaussenminister kam sodann auf die Saarf rage zu sprechen und erklärte, daß Deutschland der bevorstehenden Neuordnung des künstlich durch den Versailler Vertrag geschaffenen Zustandes mit ruhiger Zuversicht entgegenstehe, da die Bevölkerung des Saargebietes selbst am 13. Jänner durch ihre Entscheidung die einfache Tatsache bekräftigt werde, daß sie deutsch sei. Gewiß würden noch verschiedene technische Fragen bei der Beendigung des gegenwärtigen Saarregimes zu regeln sein, die jedoch das politische Grundproblem nicht berühren und zu Schwierigkeiten schon deshalb nicht führen könnten, weil der Vertrag selbst die klaren Richtlinien für die Regelung enthalte. Auf Grund der Abstimmung der treudeutschen Saarbewohner und in Ausführung der vertraglichen Bestimmungen werde zu Beginn des nächsten Jahres das Saargebiet ohne Beschränkung der deutschen Souveränität endlich wieder mit dem Vaterlande vereinigt werden.

Im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wurden der Presse Mitteilungen über das praktische Ergebnis des vor ungefähr Jahresfrist eingeführten preußischen Landjahres gemacht. Die Einrichtung steht unter dem Motto: „Jeder junge Deutsche einmal aufs Land“. Durch das Landjahr soll vor allen Dingen die vierzehnjährige schulentlassene Jugend der Großstadt erfaßt werden. Durch die Gemeinschaftserziehung auf dem Lande und die Gewöhnung an ländliche Arbeit wird erstrebt, besonders das Familienleben der ehemals marxistischen Kreise zu beeinflussen. Der Großstadt sollen die Grundlagen für eine natürliche Lebenshaltung vermittelt werden. Das Landjahr bildet eine Gemeinschaftserziehung, durch die die gesamte deutsche Jugend hindurchgehen soll. Ganz besonderer Wert ist auf die Heranbildung der Führerschicht für das Landjahr gelegt worden. Das junge Mädchen erfährt im Landjahr eine umfassende Ausbildung zur deutschen Frau und Mutter, wobei ihr Verantwortungsgefühl gestärkt und über die Familie hinaus auf das Volksganze hingelenkt wird.

Ein Sonderberichterstatter des „Intransigent“ hat vom Reichskanzler Adolf Hitler und dessen Stellvertreter Rudolf Heß programmatische außenpolitische Erklärungen erhalten. Das Blatt veröffentlicht heute zunächst die Erklärungen des Ministers Rudolf Heß, in denen Heß die Friedensliebe des Führers betont, den er seit 1920 genau kenne. Rudolf Heß erklärt weiter unter anderem: „Eine Entente mit Frankreich ist meines Erachtens bei gutem beiderseitigen Willen unbedingt möglich, denn unbestreitbar wünscht das deutsche Volk diese Entente. Hitler ist in seinen Reden der Wortführer des deutschen Volkes. Daß das französische Volk in seiner Mehrheit ebenfalls eine Einigung wünscht, ist eine mir bekannte Tatsache. Aber ich würde wünschen, daß die französische Regierung sich ebenso klar als Freund einer Politik der Entente erkläre wie die deutsche Regierung, um so schnell wie möglich zu praktischen Resultaten kommen zu können.“

Vom Völkerbund.

33 Mitgliedstaaten des Völkerbundes haben die Einladungen an Sowjetrußland zum Eintritte in den Völkerbund unterzeichnet. Sie wurde sofort an Litwino nach Evianer (Haute Savoie), wo er sich aufhält, übermittelt. 38 Staaten haben für die Aufnahme, sieben haben sich der Abstimmung enthalten und nur drei Staaten, die Schweiz, Holland und Portugal, ihr Nein ausgesprochen. Eine der lebendigsten und freimütigsten Debatten, die man je in Genf erlebt hat, ging dem Beschluß der politischen Kommission voraus, der Völkerbundversammlung die Aufnahme Rußlands zu empfehlen. Es war ein großes und in manchen Augenblicken ergreifend rednerisches Ringen zwischen den Großmächten und jenen kleinen Staaten, die ihre Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Aufnahme Rußlands nicht unterdrücken konnten. Der bedeutendste Wortführer der kleinen Staaten im Völkerbund war der schweizerische Bundesrat Motta, der erste Vorkämpfer der Großmächte der französische Außenminister

